

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf. ...

Wöchentliche Gratisbeilagen: 8seit. illust. Unterhaltungsblatt m. neuest. Romanen und Novellen. 4seit. landwirtsch. u. handelsbill. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die einsp. Beilagen oder deren Raum für Werbung ...

Nr. 91.

Sonntagabend den 19. April 1913.

39. Jahrg.

Zur Handwerkerfrage.

Man kann ja zugeben, daß die Bäckerei, die im großen Befähigungsnachweis und in ähnlichen Zwangsinstanzen für das Handwerk erblickt, den „goldenen Boden“ wiederzugewinnen, stark ins Hintertreffen gerückt ist. Die liberale Auffassung, die in der Erwerbung positiver Kenntnisse, der Ausbildung des Nachwuchses, der Verschönerung der Werkstätten und billigen Krediten das Ziel für das Handwerk erblickt, hat sich, gestützt auf gute Erfahrungen, immer mehr Bahn gebrochen. Liberale Handwerkermeister, die in die Parliamente gelangt wurden, haben dort durch ihre Fach- und Sachkenntnis erhebliche mit dazu beigetragen, den mittelalterlichen Zustand bei uns den Köpfen hinauszujagen. Man darf sagen, daß die liberale Handwerkerpolitik trotz aller reaktionären Widerstände auf dem Marsch ist und nicht mehr aufgehalten werden kann.

Sehr beherzigenswerte Ansichten äußerte kürzlich wiederum ein Handwerker, der dem bayerischen Abgeordnetenhaus angehörende Vätermeister Schreyer in der Münchener „Liberalen Landtagskorrespondenz“ über die Frage der Innungen und des Befähigungsnachweises. Er sieht in der positiven Förderung des Handwerks den wahren Fortschritt für dasselbe und äußert sich abipredend über den Befähigungsnachweis. Seine Ausführungen hierüber sind ganz besonders treffend. Wir geben sie im Auszuge wieder. Schreyer sagt:

Schwer hat man sich im Handwerk über den Wert der Innungen und der Befähigungsnachweise geäußert. Man mag über sie denken, wie man will; das eine Gute haben sie sicher: sie üben ein ethisches Ringen und Streben um eine bessere Ausbildung. Und mancher, der sonst Jüngling gerade kein Lieb, der früher verächtlich auf den Ballast des Wissens herabblühte, ehe er sich selbständig machte, ist durch sie angehalten, sich um Beschäftigung, modernen Selbsterziehung, Stilarten usw. zu kümmern. Bewußt, der Weltbesitzer ist kein Feindbild auf eine Lebensstellung. Der geschäftliche Erfolg hängt auch noch von anderen Dingen ab, und es hat mir einmal in der Seele wohl getan, als ich bei der Konkursversteigerung eines im Unglück geratenen Meisters dessen Prüfungsjournals mit der Note „Sehr gut“ auf einem Hauken alten Gerampels liegen sah. Ich gebe ohne weiteres zu, daß aus diesen Gesichtsmerkmalen heraus der große Befähigungsnachweis Boden und Anhänger gewinnen kann.

Aber, und hier scheiden sich die Geister: Liegen diese Gefühlsmomente auch im wirtschaftlichen Interesse des Handwerks? Ist die Unterbindung jeder Konkurrenz, die Ausschaltung jedes Fortschritts in Erwerb und Wirtschaft, die Erstarrung und Beschränkung eines Gewerbes — ganz abgesehen davon, ob sie überhaupt durchführbar wäre — selbst auf eine Zahl von Gelehrten und Tätigen ein Ideal, das ein modern denkender Handwerkermeister fordern kann? Ich sage: Nein. Nicht weil die Gewerbefreiheit ein unabänderlicher Bestandteil des modernen Staates geworden ist, sondern weil ein Versorgungspatent ohne innere Verankerung in den wirtschaftlichen Verhältnissen eine Ungerechtigkeitslist ist. Denn darüber müssen wir uns klar sein: Der Befähigungsnachweis ohne die Regelung der Bedürfnisfrage ist ein ausgeblendetes Geschloß. Ich haben wir ja jetzt schon durch die Bestimmung, daß nur der geprägte Meister Befähigung halten darf. Die Bedürfnisfrage aber, die Beschränkung eines Gewerbes für eine festgesetzte Zahl von Anwärtern, ist eine Härte, die weit ungerechter wirkt als das Zurück und Überdiesel der heutigen Konkurrenz.

Geht man fordert den Befähigungsnachweis aus idealen Gründen, man will die Auslese der Qualität dem Handwerk zuführen; ähnlich wie es der Staat mit den Anwärtern auf seine Posten tut. Aber wird nicht viel Menschliches, Allmenschliches dabei mit unterlaufen? Der Meistersohn, der Anwärter auf das Töchterlein des Meisters werden sicher mildere Richter finden als ein armer Teufel von der Landstraße. ... Wenn wir also den Befähigungsnachweis, aber auch den Bewerbenachweis, der in Österreich so so lächerlichen Grenzstreifigkeiten geführt hat, ablehnen, so

tun wir es, weil wir nicht wertvolle Kräfte des Handwerks brach liegen lassen wollen oder im Kampfe um ein Ideal sich aufreiben zu lassen wünschen, das mit den Worten der Hamburger Handwerkermeister „wahrscheinlich geradezu ein Unglück für den deutschen Handwerkerstand“ werden würde.

Schreyer bekräftigt nochmals die Meistprüfungen als Ansporn zur Entlohnung von Berufsbildung, Wissen und technischem Können; er ist in ihnen, wieder etwas vom Fortschritt und dem tiefen, fröhlichen Formenreichtum des alten Handwerks. Das Handwerk beginne in erster, mühevoller Arbeit das Verfallene nachzuholen, und wenn sich diese Bestrebungen in der Richtung einer moderneren, freierhaltigeren Auffassung von Wissen der heutigen Verhältnisse bewegen, so werde mehr erreicht als mit dem Viebzügel nach einem nicht mehr möglichen Züfelerium. — Diesen Ausführungen des liberalen Handwerker-Abgeordneten wird man ohne weiteres und gern zustimmen können.

Steuerfreiheit.

In dem Entwurf über die Kostendruckung der neuen Wehranlage ist auch erwähnt worden, daß die Landesfürsten sich an der einmaligen Wehrsteuer beteiligen würden. Wir freuen uns, daß sie bei dieser Gelegenheit auf ihr Vorrecht der Steuerfreiheit verzichten. Es wäre auch in der Tat sonderbar, wenn sie, die in dringender Weise schon im Jahre 1871 durch unangenehme Verluste und Ehren zu verlieren, zur Sicherung ihres Besitzes und ihrer Stellung nicht auch noch ihren, doch meist recht leistungsfähigen Kräften beitragen wollten. Zeigen sich allerdings erst, ob letzteres wirklich die Absicht ist, ob sie den gefürchteten Kosentag oder einen in ihrem Verlehen stehenden freiwilligen Beitrag zahlen wollen. Bisher waren sie, wie vom Militärdienst, so auch von Steuerzahlung befreit. Erstere leisteten sie trotzdem meist freiwillig, letztere dagegen nicht.

Diese Steuerfreiheit ist noch ein Überrest aus der Zeit des Absolutismus. Zu einer Zeit, wo der Grundbesitz Ludwigs XIV. der Staat hin ist, zwar nicht immer ausgeprochen wurde, aber doch tatsächlich Geltung hatte, war Besteuerung des Landesherren ein Widerspruch gewesen. Alle Einnahmen des Landes floßen in seine Tasche, und aus ihr hatte er deswegen auch alle Bedürfnisse des Landes zu bestreiten. Was er ersparte, gehörte ihm, langte es nicht, mußte er aus seiner Tasche zuschießen, was allerdings wohl kaum je vorgekommen sein wird. Ihn besteuern, hätte daher geheißen: ihn veranlassen, etwas aus der linken Hosentasche zu nehmen und in die rechte zu tun. Jetzt ist das anders. Der Fürst erhält seine Zerstreuung, wie jeder Beamte sein Gehalt, es wird von ihm nicht mehr verlangt, persönliche Opfer für das Land zu bringen. Da wäre es doch nur vernünftig, wenn das überlebte und sinnlos gewordene Prinzip der Steuerfreiheit fielen. Und gerade in unserer Zeit, wo von sozialdemokratischer Seite das Märchen von der Bevorzugung der oberen Klassen so eifrig verbreitet wird und so viel Glauben findet, sollen die Fürsten um der Stellung zu ihrem Volke willen sich überlegen, ob sie nicht freiwillig auf ihre Ausnahmestellung verzichten. Was sie an Geld einbüßen, würden sie an Einfluß und Liebe gewinnen. Von allemindemsten aber sollten sie die Einnahmen aus ihrem Privatvermögen verkleinern. Eine Aufhebung ihres Privilegs erschiene um so unbedenklicher, als durch das Gesetz vom 24. Juni 1891 schon die Häupter und Mitglieder der Familien vormals unmittelsbarer Reichstände — allerdings gegen Entschädigung — zur Steuer herangezogen worden sind. Wie wir hören, wird die fortschrittliche Volkspartei die bei Beratung des Wehrgesetzes sich bietende Gelegenheit benutzen, um einen dahin zielenden Antrag einzubringen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hat sich am Donnerstag in seiner Wehrzeit von den beabsichtigten Quertreibereien der Konservativen nicht beeindrucken lassen, sondern die für den Schmittler reifen Mandate des Antimilitarischen Wehrmeier und des konservativen Herrn von

Kröcher für ungültig erklärt. In beiden Fällen lag nach rechtlichen Gesichtspunkten die Situation sehr klar. In Fall Wehrmeier mußte, entgegen dem Kommissionsbeschluss, der nur auf Bewässerung getauft hatte, die Ungültigkeitserklärung erfolgen, weil einige Amtspersonen die Mitteilung des Wahlkommissars, daß der fortschrittliche Redakteur Rudolph Steglitz mit seinem antemittigen Gegenkandidaten in der Stichwahl stehe, bei ihrer Bestimmung willkürlich in die Bezeichnung „Rudolph Berlin“ abgeändert und dadurch die Bestimmung in die Wahlerschaft gebracht hatten. Bewässerungsdoll kämpften antemittige, konservative und Zentrumsgesordnete in trauem Verein für die Rettung des angeordneten Mandats; aber die gesunde Logik, die namentlich vom Abg. Dr. Neumann-Hofer vertreten wurde, trug den Sieg davon, da schließlich auch die Nationalliberalen in ihrer ganz überwältigenden Mehrheit für die Ungültigkeit stimmten und die daher, wenn auch nur mit der knappen Mehrheit der Stimmen, ausgesprochen werden konnte. Bei der Wahl des Herrn v. Kröcher konnte sich auch das Zentrum zu einem erheblichen Teil nicht der Empfindung entziehen, daß die Unterstützung der Antimilitarier, Bürgermeister und Ortsvorsteher unter dem konservativen Wahlauftrag nach alter Praxis als Wahlbeeinflussung zu gelten habe. So wurde Herrn v. Kröchers Mandat mit großer Mehrheit laßiert.

In beiden Wahlkreisen, die nunmehr erledigt sind, wird es sehr schwierig sein, die Mandatsübergabe des Mandats zu geben. In Salzweil Gedelagen dürfte der deutsche Bauernbund wiederum versuchen, das Mandat an sich zu reißen. Im Fürstentum Waldeck hatten die Antimilitaristen 1912 4403, die Fortschrittler 3687, die Nationalliberalen 2037 und die Sozialdemokraten 1600 Stimmen. Bei der Stichwahl war Wehrmeier mit 6192 gegen 6039 fortschrittliche Stimmen als gewählt proklamiert worden. Der Kreis, den bekanntlich früher der Abg. Dr. Posthoff vertreten hatte, kann von der Fortschrittspartei zurückerobert werden, wenn auch natürlich die Antimilitaristen alle ihre Agitationskräfte aufwenden dürften, um sich ihren möglichst erwerbenden Besitz zu erhalten.

Die Heres- und Dedungsborlagen.

Die Konservativen wollen Ruhe in der Wehrrechnung der Dedungsfrage. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt nämlich am 8. April eines Artikels über die erste Lesung der Dedungsborlagen: Das nächste Wort bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten wird in der Budgetkommission zu sprechen sein. Leider wird diese kaum noch vor Pfingsten an die Beratung der Dedungsborlagen heranreifen können. Es wird also eine Pause von über vier Wochen entstehen, und es besteht die Gefahr, daß der Kampf um die Wehrsteuerfrage in der Öffentlichkeit inzwischen mit neuer Heftigkeit entbrennt, zumal da in dieser Zeit die Gendtagwahlbewegung in Preußen fällt. Das könnte leicht dahin führen, daß die Parteien, auf deren Arbeitseinsicht es bei der Lösung der Frage ankommt, sich von neuem gegeneinander stellen. Wir würden es deshalb für dringend erwünscht halten, wenn in der jetzt entretenden Pause die Erörterung der politischen Streitfragen, die mit der Wehrsteuer verknüpft sind, nach Möglichkeit eingestellt würde, und sind unermüdet gern dazu bereit. Der Vorrede darüber sind genug gemeldet. Dagegen, daß man sich in der Zwischenzeit bemüht, die technischen Einzelfragen der verschiedenen Steuerprojekte zu klären, haben wir natürlich nichts einzuwenden.

Das ist sehr gnädig von der „Konservativen Korrespondenz“. Zu ihrigen werden alle unabhängigen Blätter, die dem Geist der konservativen Parteileitung nicht unterliegen, das Defret zurückweisen: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, nur weil die Kreise der Konservativen bei der Landtagswahl gestört werden könnten.

Konservative Rache. Die „Kreuzzeitung“ hält ihren Angriff gegen den Senatspräsidenten des Oberverwaltungsgerichts Oberregierungsrat Dr. Strub aufrecht, der es gewagt hat, die Bestimmung der Wehrbeitragsborlage entschieden zu bekämpfen, daß als Wert ländlicher Grundstücke nicht der Gemeinwert, sondern der 25fache Reinertrag zu gelten habe. In ihrer Mittwochabendnummer wiederholt die „Kreuzzeitung“ ihre Angriffe, indem sie fragt:

„Ist es verwunderlich, daß Landwirte zu einem Richter, der von solchen Auffassungen zu durchdrungen ist, daß er sie öffentlich mit seinem vollen Namen vertritt,

Das muss man sehen

Riesige Warenmengen aller nur erdenklichen Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder, braun und schwarz, sowie Halbschuhe, Sandalen, Segeltuchschuhe, Hausschuhe, Arbeitsschuhe, Schaffstiefel, Turnschuhe, Baby Schuhe usw. kommen von heute ab zu

aussergewöhnlich billigem Extra-Angebot zum Verkauf.

Wer dieses enorm günstige Kaufgelegenheit vorüber gehen lässt, schadet sich selbst! Der weiteste Weg lohnt sich!

<p>Ein Posten Kinder-Stiefel 170 M. Grösse 17-22</p>	<p>Ein Posten RoBleder-Kinderstiefel 2,25 M. 2,95 M. 3,65 M. 25-26 27-31 31-35</p>	<p>Ein grosser Posten Cord - Pantoffeln 55 Pf. m. Linoleumsohle Gr. 36-42</p>	<p>Ein Posten Damen-Rossleder-Schuhe 550 M. Grösse 36-42</p>
<p>Ein Posten Herren-Rindbox-Stiefel 490 M. Grösse 40-41</p>	<p>Ein Posten echte Herren-Boxkalf - Schnürstiefel 750 M. Grösse 40-46</p>	<p>Ein Posten imit. Damen-Chevreauxstiefel 490 M. mit Lackkappe Gr. 36-42</p>	<p>Ein Posten braune Herrenstiefel 790 M. Grösse 40-46</p>
<p>Eingross Posten braune Damen-Halbschuhe 625 M. Chevreaux mit Lackkappe, eleg. Form Gr. 36-42</p>	<p>Ein grosser Posten Damen-Halbschuhe 490 M. imit. Chevreaux m. Lackkappen neuest. Façon Gr. 36-42</p>	<p>Ein Posten braune Herrenstiefel 690 M. elegante Form Gr. 40-46</p>	<p>Ein Posten Braune Damenstiefel 690 M. hochmoderne Form</p>
<p>Sandalen, Rindleder Gr. 22-24 25-26 27-30 31-35 36-40 41-46 1 95 2 10 2 30 2 60 3 10 3 50</p>	<p>Segeltuchschuhe Gr. 22 24 25 26 27 30 31-35 36-40 41 46 1 10 1 25 1 35 1 50 2 10 2 70</p>	<p>Turnschuhe mit Chromledersohle Gr. 22-24 25-26 27-30 31-35 36-40 41-46 0 75 0 85 0 95 1 15 1 25 1 50</p>	<p>Rindbox-Kinder-Stiefel Gr. 27-30 31-35 4 25 4 75</p>
<p>Ein Posten Arbeits-Stiefel 450 M. Schnür Zugu Schnalle</p>	<p>Ein grosser Posten Leder-Spangen-Schuhe 210 M. Gr. 36-42</p>	<p>Ein Posten Baby-Schuhe 95 Pf. in allen Ausführungen</p>	<p>Ein Posten Braune Kinderstiefel echt Chevreaux m. u. o. Lackk. 18-22 23-26 27-30 31-35 m. Keil 2 10 3 50 4 50 5 50</p>

Gebrüder Goldmann, Merseburg, Kleine Ritterstrasse Nr. 12.

„Unbühbarer Marsbrand“ Startquelle (Hod Eisen-Wangan-Kod-falzau) hat mir bei einem alten

Frauenleiden

u. chron. Blatnkatarth sehr wertvolle Dienste geleistet, die Schmerzen und Schäften völlig oerommen und eine wunderbare Räftigung der leidenden Teile bewirkt. Ich hätte einen solchen Erfolg nie für möglich gehalten, habe mich nie so wohl und gesund gefühlt, wie jetzt nach der Kur mit Ihrer Wunderquelle. Dieselbe wirkt vor allem glänzend auf die Tätigkeit der Nieren, reinigt das Blut und die Säfte. Seit ich Ihren Marsbrand trinke, bin ich auch völlig von meinen Menstruationsbeschwerden, die mich jahrelang in Jährlichter Weise quälten, befreit. Frau H. W. Aral, warm empf. Kl. 65 W. bei H. Kupfer und W. Rieslich, Drogerien.



Uänderungen zur
Bolzfelverordnung betr. den Verkehr mit Mineralölen
hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Höner,
Merseburg.

Bettfedern
empfiehlt zu sehr billigen Preisen
B. Wendland, Domstrasse 1, 1. Etg.
Fahrrad-Reparaturen
führt fachgemäß aus
Oscar Baar, Entenplan 9.

Rheinperle

Margarine
ganz frisch vom Block
in allen Geschäften.
feinster
Molkereibutter
gleich

Überall erhältlich

GIPKENS

Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.) **SOLO** in Carlton.
Fabrikanten der alibewährten Marke

MBrockmanns ZWERG-MARKE



Die Eigenschaft der „Zwerg-Marke“, die Verdauung zu befehen und jedes Futter schmackhaft zu machen, hat bei allen Masttieren eine gesteigerte Freiluft und schnelle Schlachtreife zur Folge. Der Versuch lehrt's! — Heberall zu haben. Man verlange stets „Zwerg-Marke“ und hüte sich vor Fälschungen. Gilt nur in Packungen mit nebenstehender Schutzmarke.

Der echte Nährsalz-Futterkalk (mit Drogen)

Zu Fabrikpreisen zu haben bei: Sm. Emanuel, Gotthardt-Drog., Götthardtstrasse 31; Rich. Kupper, Zentral-Drogerie, Markt 10; Reinhold Riehe, Drogen; Carl Eckardt, Materialwaren; Paul Göhlisch, Materialwaren.

Drechslerel
— mit elektrischem Betrieb, —
Merseburg, Markt 11.
Alle Arten Drehereien für Bau und Möbel usw.
werd. schnell u. billigt ausgeführt.
Reparaturen an Schirmen, Stöcken usw.
H. Hammer, Drechslermeister.

Nähmaschinen
Reparaturen führt fachgemäß
ms J. Baar, Merseburg, Markt 8
Stiergen 2 Beilagen.

Erste Beilage.

Ueber das Thema „Reichsstaats und Sozialreform“

bringt Prof. Dr. Franke... einen gedankreichen Artikel... Er betont sich ebenso zu starker Wehrmacht, wie zu weitgehender Sozialreform...

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag, (Sitzung vom 17. April.) Im Reichstag wurde am Donnerstag zwei Abgeordneten der Rechts das Mandat aberkannt... Dr. v. Weizsäcker beantragte die Aufhebung der Wehrpflichten von der Tagesordnung...

Nachbarskinder.

Roman von E. v. Lunden.

(82. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) „Sie meinen es gut, lieber Stephan, aber seien Sie doch gerecht! Edmund darf nicht für sich! Ich bedauere...“

liberalen Bauernbündler Dr. Böhm eingeleitet hat, beantragte schon die Wahlprüfungskommission die Ungültigkeitserklärung... Der Reichstag wandte sich dann der zweiten Lesung des Militär-Erlasses zu...

Resolution, welche Mittel für eine Freifahrt beurlaubter Soldaten in ihre Heimat und zurück, sowie post- und bestellfreie Beförderung der Soldatenpost...

Abgeordnetenhause. (Sitzung vom 17. April.) Im Abgeordnetenhause wurde am Donnerstag zunächst der Kultusetat in dritter Lesung verabschiedet... Der Schlusspantrag machte es u. a. dem Reichstagespräsidenten unmöglich...

Provinz und Umgegend.

Weißenfels, 18 April. An das hiesige Bureau ist an Stelle des nach Naumburg kommenden Oberleiters... Dr. Hagenbrint berufen worden.

„Aber natürlich glaube ich es“, rief Bestamp mit gewohnter Lebhaftigkeit, „würde ich denn sonst mein Privatkonto heute noch mit 35 000 Gulden extra bepacken?“

„Hundertdreißigtausend Gulden?“ wiederholte er, „ja, Herr Bestamp, wie ist denn das möglich, so ganz unerwartet und extra, und wann wollen Sie das Geld haben?“

„Ich muß es morgen mittag haben unter allen Umständen“, seine Stimme ätzerte, er war blaß und fand noch immer nicht den Mut, den alten, treuen Berater anzusehen...

„Herr Bestamp, nehmen Sie es einem alten Mann nicht übel, wenn er ein paar offene Worte mit Ihnen redet. Sehen Sie, ich kenne Sie ja von der Zeit an, als Sie noch im Kräftealter bei Ihrer Mutter auf dem Schloß lagen...“

„Lassen Sie das Aber“, Herr Bestamp, ich weiß es besser. Das Spiel ist Ihnen zur Lebenskraft geworden, und das Spiel, sehr schlimm und verhängnisvoll, ich den, der Sie dazu gebracht hat. Der vornehme, elegante Herr Schwager...“

„Der ist nicht schuld, Würmling, der allein nicht — gewiß nicht — vertriebt die Herr Bestamp.“

„Nicht? na, wer denn? Ich kenne den Herrn zur Genüge; Sie haben sich für Ihre Frau und für ihn ruiniert.“

„Bestamp fuhr auf: „Lassen Sie meine Frau aus der Sache“, rief er ungeduldig, „sie ist tot, ich habe sie unbeschreiblich geliebt, und aus Liebe zu ihr würde ich auch Napoleon nicht im Stiche lassen. Also — das Geld muß da sein“, setzte er unüberlegt hinzu.

(Fortsetzung folgt.)

Delikatess-
Zafelblumen,
 1/2 Früchte ohne Stein,
 2 Pfd. - Dose nur 65 Pf.
Butter-Zentral-Halle,
 Tel. 469, Entenplan 8.

Verkaufe heute Sonnabend
Schweinefleisch, Schmeer,
fettes Fleisch
 und fr. frische Würst.
 Demmer Straße 30.

A. Knoche, Weissenfasser Str. 27
 Mitglied des Rab.-Spar-Vereins.
 Officiere feinstes Fleisch- und Wurst-
 waren, Waten- und Kochfleisch
 aller Art in vorzüglichst. Qualität.
 NB. Schweinefleisch und frische
 Wurst von heute ab billiger.

Achtung! Empfehle frisches
Rosfleisch,
 Lende, Leber, Gewiegtes,
 fr. Anachurst und abends
 warme Würstchen.

W. Raundorf, Ziefer Keller
 Nr. 1.
Achtung! Empfehle Fleisch,
 Wurst, Gauer-
 braten, Freitag und Sonnabend
 fr. Wärme.
 Kochschlächterelei Delgrube 5.

Prima Kochfleisch,
 extra feine Ware, empfiehlt
Arthur Hoffmann,
 Kochschlächterelei,
 26. Breite Str. 4. Telefon 264
 Heute Freitag, morg. Sonnabend

frische **19** Pf
 Seefische, Bund nur
Butter-Zentral-Halle,
 Telefon 469, Entenplan 8.

Möbel- u. Warenhaus
Carl Klingler
 empfiehlt:
 Auf Kredit
Möbel u. Polsterwaren
 - Komplettte Einrichtungen -
 Farbige Küchen
 Schlafzimmer
 Grosse
 Auswahl.
 Auf Kredit
 Kinderwagen, Sportwagen
 Federbetten, Steppdecken
 Teppiche, Gardinen
 Porzellan
 Stores
 Auf Kredit
 Herren- u. Knaben-Bekleidung
 Damen-Garderobe
 Mäntel, Blusen, Röcke
 Manufakturwaren
 Kleiderstoffe
 Wäsche
 Auf Kredit
Kredit-Haus
Carl
Klingler,
 Halle a. S.,
 Leipzigerstrasse 11,
 I., II., III. Etage,
 - Eingang Sandberg. -
 Kein Laden.

Skat-Formulare
 hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Kössner,
 Merseburg, Delgrube 9.

Frühjahrs-Neuheiten

in
 Herren- u. Knaben-Konfektion,
 Wasch-Anzügen, Strohhüten,
 farbigen Westen, Oberhemden,
 Cravatten etc.

zu bekannt billigsten Preisen.

Otto Dobkowitz, Merseburg,
 Entenplan 9.

Kolossale Vorteile

bietet der

Total-Ausverkauf

im

Schuhwarenhaus J. Jacobowitz
 Merseburg, nur Entenplan 9.

Schaufenster-Gestelle sowie Laden-Einrichtung stehen
 billig zum Verkauf.

Extra billiger Verkauf

von

Backfisch- u. Damenpaletots

Serie I 5⁰⁰ Serie II 6⁵⁰ Serie III 8⁵⁰ Serie IV 12⁰⁰

H. Taitza, Neumarkt.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Cinophon - Theater
 Gr. Ritterstr. 1.

Programm vom Sonnabend
 bis Dienstag.

Königin Luise.
 2. Teil.

Aus Brenhens schwerer Zeit.
 Historisch-vaterländisch Gemälde.
 Auch für Kinder freigegeben.

Sonnabend von 5 Uhr und
 Sonntag von 3 Uhr an

Jugendvorkellungen.

In beiden Vorkellungen
 „Königin Luise“.

Außerdem das übrige Programm.

Schlachtepferde!

kauf zu hohen Preisen
W. Raundorf, Ziefer Keller 1.

Alle Sorten
Felle und Häute

kauf zu höchsten Preisen
Karl Winger, Sand 24.
 Telefon 888.

Ausgekämmtes Haar
 kauft fortw. Gosthardstr. 32.

Ganze oder Telle künstl. Gebisse kauft
 zu ihrem ganzen Materialwert nur
 Sonnabend den 19 April von 2^{1/2} bis
 7^{1/2} Uhr hier, Hotel „Halber Mond“,
 1 Et., Zimmer No. 1
 die **Gustav Horn, Cdn., 1894.**
 Irreführende Preisgebote inserieren
 wir nicht



Alle Sorten
Badewannen,
Bade-Einrichtungen
 empfiehlt
Hermann Müller,
 Klempnermstr., Schmale Str. 19.

Der W.-K.-V. Jungdeutschland
 in Merseburg.

Hebung am Sonntag den
 20. d. M.
 Sammeln: 10 Uhr vorm. am
 Kriegerdenkmal vor dem Gost-
 hardtstr.

Allgem. Turnverein.

Sonntag den
 20. April nach-
 mittag u. abend
Tänzen
 im Neuen
 Schützenhaus.
 Der Vorstand.

Schkopau.

Gasthof zum Raben.
 Sonntag den 20. April zur Gaal-
 einweihung d. neuen Partettsaales
 :: Tanzvergnügen ::
 wozu freundlichst einladet
 S. Gehband.

Zweite Beilage.

Deutschland.

(Die Reichstagsvorlage für die Veteranenfürsorge.) Die Vorlage des Reichstagsamtes zur Erweiterung der Veteranenfürsorge ist nunmehr dem Bundesrat zugegangen. Man rechnet damit, daß sie dort schon in nächster Zeit verabschiedet wird, so daß sie noch im Laufe dieses Monats an den Reichstag gelangen kann.

(Gründung polnischer Zeitungen.) In den letzten Monaten wurden in Posen und Westpreußen auffällig viel kleine polnische Zeitungen gegründet, z. B. in Schildberg, in Schrimm, in Schwetz, in Neuhaid (Westpr.) usw. Der „Dziennik Wybostki“ bemerkt dazu, daß man mit diesen Zeitungsgründungen nicht planlos vorgehen und sie auch nicht in rein polnischen Städten vornehmen solle, sondern namentlich an der Westgrenze des polnischen Sprachgebietes.

(Kampf um das Jesuitengesetz.) Die Nachricht der „Germania“, daß auf Veranlassung des Reichsantrags des Innern gegenwärtig Erhebungen über Zahl, Verbreitung und Beschäftigung der Jesuiten in den einzelnen Bundesstaaten vorgenommen werden, kommt, dem „Hann. Cour.“ zufolge, etwas verspätet. Diese Erhebungen sind schon seit Dezember im Gange.

(Die Befestigung des Freizügigkeitgesetzes.) Die Befestigung des Freizügigkeitgesetzes verlangt für sich in den „Deutsch-Sozialen Blättern“ ein Herr Dr. Budor. Der Verfasser meint, die Freizügigkeit hätte, anstatt sie zu erleichtern, erschwert werden müssen, und führte sodann aus: „Es ist dringend an der Zeit, dieses Gesetz aufzuheben und statt eines Freizügigkeitgesetzes ein Heimatsgesetz zu schaffen, das die Menschen an die Scholle bindet — zu ihrem eigenen Glück und zum Wohle ihres Vaterlandes!“

Volkswirtschaftliches.

(Der Deutsche Industrieverband.) Der Deutsche Industrieverband (StB Dresden) teilt uns mit: Um sich für die Verluste aus Streiks und Ausperrungen eine feste und ausreichende Entschädigung und damit zugleich einen finanziellen und moralischen Rückhalt für alle Fälle von Arbeiterbewegungen zu sichern, hat sich kürzlich der Verband der Gesamtindustriellen des Mittelgebirges dem Deutschen Industrieverband angeschlossen.

(Die vom Bundesrat angenommenen Vorkriegs- und Nachkriegsregelungen.) Die vom Bundesrat angenommenen Vorkriegs- und Nachkriegsregelungen im Ausland ist wegen

der von den Balkanstaaten aus Anlaß des Krieges eingeführten Moratorien notwendig geworden. Infolge der gesehlichen Moratorien sind in den Balkanstaaten gegenwärtig ein Wechselkurs nicht erhoben worden, und dadurch wird den Inhaber der Krieges auf die inländischen Aussteller unmöglich gemacht. Um die Inhaber dereriger Wechsel vor Verlusten zu schützen, soll die Wechselliste gewahrt werden.

(Eine Bundesratsvorlage zur Ausführung des Börsegesetzes.) Wie man schreibt, liegt dem Bundesrat ein Antrag Reichens betreffend Ausführung des Börsegesetzes vor. Es handelt sich dabei um die Befestigung des Börsegesetzes, welches erst im Jahre 1874 erlassen wurde, und das seit einer Zeit an der Börse ausgelassen ist. Das Börsegesetz bestimmt, daß zur Mitwirkung bei der amtlichen Festsetzung des Börsepreises von Waren und Wertpapieren Kursmakler hinzuzuziehen sind.

Vermischtes.

(Auflärung des Juwelendiebstahls in einem Warenhaus.) In der Nacht zum 12. d. M. erbeutete, wie berichtet, ein Eindringender in einem Warenhaus am Alexanderplatz in Berlin für fast 20000 Mark Goldwaren und Juwelen. Der Täter hatte sich am Abend vorher im Gange einschließen lassen und war gegen 2 Uhr morgens mit seiner Beute durch ein Fenster der ersten Etage entkommen, indem er sich an Stricken, die er in der Sportabteilung gefohlen hatte, herunterließ.

(Verhaftung der Spiegelfellen des „Grafen Tattenbach“.) Am Donnerstagabend gelang es der Berliner Kriminalpolizei, auch der beiden Spiegelfellen des kürzlich in Berlin verhafteten Einbrechers Dittmar habhaft zu werden. Die Festnahme des einen der beiden gefesteten fiel fast ebenso schwerig. Die Polizei hatte in der Vernehmung gebracht, daß der Helfershelfer des Verhafteten auch Einbrecher namens Georg Klüßendorf und Gustav Schmidt waren, die ebenfalls wie dieser „gestraft“ sind.

(Ausgabe von Torpedos.) Das Reichsmarineamt ist bereits mit groben Baggerfirmen in Hamburg und Kiel in Verhandlung getreten. „V.“ muß nach Feststellung einer aus Marineoffizieren und Schiffahrtssachverständigen bestehenden Kommission ausgeborgert werden. Es ist dazu notwendig, einen etwa 30 m langen Kanal auszuheben.

(Der amerikanische Tabakstreik.) Die amerikanische Tabakindustrie hat keine Monopolisierungsbestrebungen, auch die deutsche Zigarettenindustrie nicht. Der Kampf soll eine große Hamburger Agitation hervorrufen, die über 800 Arbeiter beschäftigt, bereits angefaßt haben.

(Der Figurenstaub des Leipziger Völkerschlachtdenkmal.) Das Völkerschlachtdenkmal nähert sich seiner Vollendung. Seit ihm die figürliche Ausstattung der beiden Hauptfiguren an jeder der vier Rundbogenöffnungen des Denkmals in Angriff genommen worden. Die in Hochrelief aus den Krippen herauszunehmenden Figuren sollen in ihrer Gesamtheit das Gland und den Janner, die der Krieg im Gefolge hatte, und die Trauer des Volkes darüber darstellen.

(Ruinen auf dem Meeresgrunde.) Der griechische Marineminister teilt mit: Der Leutnant Bakopoulos hat bei Beobachtungen in seinem regelmäßigen Schiffsdienst ganz zufällig auf dem Meeresgrunde südlich von der Insel Lemnos auf dem Meeresboden eine englische Umladungsstation als Korallenbank bezeichnet, in Tiefen zwischen fünf und fünfundsiebzig Metern alte Ruinen entdeckt, die gut sichtbar sind und die Existenz einer Stadt von etwa drei Seemeilen Umfang dargetan.

(Die Gesamtschadenersatzsprüche bei der „Titanic“-Katastrophe.) Das Bundesgericht in Rom-Vorarl hat die Frist für Einreichung von Entschädigungsansprüchen bei der Ocean Steamship Company wegen des bei der „Titanic“-Katastrophe erlittenen Schadens in ungefähr 60 Fällen verlängert. Für sieben Schweizer wurde die Frist um 30 Tage, für über 50 Einwanderer um eine Woche verlängert. Die Gesamtschadenersatzansprüche betragen 11 774 004,20 Lira (1 Dollar gleich 40 Mark) in zusammen 888 Fällen. Weitere Ansprüche werden nicht mehr berücksichtigt.

Getreide- und Produktenverkehr.

Table with market prices for wheat, rye, and other grains in Berlin, April 17. Columns include item name and price per unit.

(Biehmarkt.) Leipzig, 17. April. Bericht über den Schlachtviehmarkt am dem künftigen Viehbovesen Leipzig. Auftrieb: 170 Rinder, und zwar 21 Ögeln, 46 Bullen, 8 Kalben, 97 Kühe. Fresser, 947 Rinder, 166 Schafe, 1974 Schweine, darunter 3247 Lämmer. Preis für 60 kg im Markl) Schlachtgewicht: Ochsen, Qual. I —, II 84, III 77, IV 70 V —; Bullen, Qual.: I 85 z 88, II 81, IV 79, V —; Kalben und Kühe, Qual. I —, II —, III 76, IV 68, V 60; Fresser (gering abgerüstet) Junglämmer —; Schweine, Qual.: I 70, II 71, III 68, IV 66, V 62; Lebendgewicht: Räder, Qual.: I —, II 60, III 56, IV 48, V —; Schafe, Qual.: I 47, II 44, III —, IV —, V —; Gschätzsgatt: Rinder langsam, Räder, Schafe und Schweine mittel.

Merseburger Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Abholung von unten Briefkasten bei Befragung des Band durch andere Anzeigen in der Stadt und auf dem Lande außerdem: durch die Post 120 Mfr außer 42 Pf. Bestellgeld. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal, nur am den Feiertagen ausgenommen. — Redakzion unter Originalnachrichten ist nur mit bester Qualifikation gestattet. — Die Rückgabe unerwarteter Einlieferungen übernimmt nur keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seilig, illustr. Unterhaltungsblatt
in neusten Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. handelsbeil.
mit neusten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum für 14 Tage und nicht länger 10 Pf. fünfte Beilage 20 Pf., achtschichtige pro Seite 20 Pf., im Restbetrag 40 Pf. Bei langwierigen und andauernden Anzeigen Gebühr für Vorkosten nach Vereinbarung. Für Nachstellungen und Offertenanfragen besondere Berechnung, nach Ansicht mit Vorbehalt. Erfüllungsort Merseburg. — Anzeigen für andere Zeitungen sind nur am Tage vorher, frühestens Abends die letzten 9 Uhr, Samstagsabends bis 10 Uhr vorzulegen.

Nr. 91.

Donnabend den 19. April 1913.

39. Jahrg.

Zur Handwerkerfrage.

Man kann ja sagen, daß die Zünftler, die im großen Befähigungsnochweis und in sämtlichen Zwangsinstitutionen für das Handwerk die Möglichkeit erblickt, den „goldenen Boden“ wiederzugewinnen, stark ins Hintertreffen gerückt ist. Die liberale Auffassung, die in der Erwerbung positiver Kenntnisse, der Ausbildung des Nachwuchses, der Beschaffung technischer Hilfsmittel und billigen Kredits das Ziel für das Handwerk erblickt, hat sich, gestützt auf gute Erfahrungen, immer mehr Bahn gebrochen. Liberale Handwerkermeister, die in die Parlamente gewählt wurden, haben dort durch ihre Fach- und Sachkenntnis erheblich mit dazu beigetragen, den mittelaltlichen Zustand aus den Köpfen hinauszujagen. Man darf sagen, daß die liberale Handwerkerpolitik trotz aller reaktionären Widerstände auf dem Marsch ist und nicht mehr aufgehalten werden kann.

Sehr beherzigenswerte Ansichten äußerte kürzlich wiederum ein Handwerker, der dem bayerischen Abgeordnetenhaus angehörnde Wäckermeister Schreyer in der Münchener „Bayerischen Landtagskorrespondenz“ über die Frage der Innungen und des Befähigungsnachweises. Er sieht in der positiven Förderung des Handwerks den wahren Fortschritt für das Volk und äußert sich abipredend über den Befähigungsnachweis. Seine Ausführungen hierüber sind ganz besonders treffend. Wir geben sie im Auszüge wieder. Schreyer sagt:

Schwer hat man sich im Handwerk über den Wert und Ehren zu verlieren, zur Sicherung ihres Bestandes und ihrer Stellung nicht auch nach ihnen, doch meist recht leistungsfähigen Kräften beitragen wollten. Zeigen muß sich allerdings erst, ob letzteres wirklich die Absicht ist, ob sie den geltend gemachten Prozentsatz oder einen in ihrem Verlehen stehenden freiwilligen Beitrag zahlen wollen. Bisher waren sie, wie vom Militärdienst, so auch von Steuerzahlung befreit. Letzteren leisteten sie trotzdem meist freiwillig, letztere dagegen nicht.

Diese Steuerfreiheit ist noch ein Überbleibsel aus der Zeit des Absolutismus. Zu einer Zeit, wo der Grundbesitz Ludwigs XIV.: der Staat bin ich, zwar nicht immer angesprochen wurde, aber doch tatsächliche Geltung hatte, wäre Besteuerung des Landesherren ein Widerspruch gewesen. Alle Einnahmen des Landes flossen in seine Tasche, und aus ihr hatte er demnach auch alle Bedürfnisse des Landes zu befriedigen. Was er ersparte, gehörte ihm, langte es nicht, mußte er aus seiner Tasche zuschießen, was allerdings wohl kaum je vorgekommen sein wird. Ihn besteuern, hätte daher geheißen: ihn veranlassen, etwas aus der linken Hosentasche zu nehmen und in die rechte zu tun. Jetzt ist das anders. Der Fürst erhält seine Privilegien, wie jeder Beamte sein Gehalt, es wird von ihm nicht mehr verlangt, persönliche Opfer für das Land zu bringen. Da wäre es doch nur vernünftig, wenn das überlebte und sinnlos gewordene Prinzip der Steuerfreiheit fiel. Und gerade in unserer Zeit, wo von sozialdemokratischer Seite das Märchen von der Bevorzugung der oberen Klassen so eifrig verbreitet wird und so viel Glauben findet, sollten die Fürsten um der Stellung zu ihrem Volke willen sich überlegen, ob sie nicht freiwillig auf ihre Ausnahmestellung verzichten. Was sie an Geld einbüßen, würden sie an Einfluß und Wohl gewinnen. Zum allermindesten aber sollten sie die Einnahmen aus ihrem Privatvermögen versteuern. Eine Aufhebung ihres Privilegs erübrigte um so unbedeutlicher, als durch das Gesetz vom 21. Juni 1891 schon die Häupter und Mitglieder der Familien vormals unmittelbarer Reichstände — allerdings gegen Entschädigung — zur Steuer herangezogen worden sind. Wie wir hören, wird die fortschrittliche Volkspartei die bei Beratung des Wehrgesetzes sich bietende Gelegenheit benutzen, um einen dahin zielenden Antrag einzubringen.

tun wir es, weil wir nicht wertvolle Kräfte des Handwerks brach liegen lassen wollen oder im Kampfe um ein Ideal sich aufreiben zu lassen wünschen, das mit den Worten der Hamburger Handwerkermeister „wahrscheinlich geradezu ein Unglück für den deutschen Handwerkerstand“ werden würde.

Schreyer bekennt nochmals die Wertprüfungen als Ansporn zur Entlohnung von Berufsbildung, Wissen und technischem Können; er ist in ihnen, wieder etwas vom Korbesitz und dem tiefgründigen Formenreichtum des alten Handwerks. Das Handwerk beginnt in erster, mühevoller Arbeit das Bekannte nachzuholen, und wenn sich diese Bestrebungen in der Richtung einer moderneren, freierhaltigeren Auffassung von Wissen der heutigen Verhältnisse bewegt, so werde mehr erreicht als mit dem Viehägeln nach einem nicht mehr möglichen Zünftlerum. — Diesen Ausführungen des liberalen Handwerker-Abgeordneten wird man ohne weiteres und gern zustimmen können.

Steuerfreiheit.

In dem Entwurf über die Kostenübertragung der neuen Wehrvorlage ist auch erwähnt worden, daß die Landesfürsten sich an den einmaligen Wehrsteuer beteiligen würden. Wir freuen uns, daß sie bei dieser Gelegenheit auf ihr Vorrecht der Steuerfreiheit verzichteten. Es wäre auch in der Tat fonderbar, wenn sie, die in dringender Gefahr stehen, im Falle eines unglücklichen Krieges Geld und Ehren zu verlieren, zur Sicherung ihres Bestandes und ihrer Stellung nicht auch nach ihnen, doch meist recht leistungsfähigen Kräften beitragen wollten. Zeigen muß sich allerdings erst, ob letzteres wirklich die Absicht ist, ob sie den geltend gemachten Prozentsatz oder einen in ihrem Verlehen stehenden freiwilligen Beitrag zahlen wollen. Bisher waren sie, wie vom Militärdienst, so auch von Steuerzahlung befreit. Letzteren leisteten sie trotzdem meist freiwillig, letztere dagegen nicht.

Diese Steuerfreiheit ist noch ein Überbleibsel aus der Zeit des Absolutismus. Zu einer Zeit, wo der Grundbesitz Ludwigs XIV.: der Staat bin ich, zwar nicht immer angesprochen wurde, aber doch tatsächliche Geltung hatte, wäre Besteuerung des Landesherren ein Widerspruch gewesen. Alle Einnahmen des Landes flossen in seine Tasche, und aus ihr hatte er demnach auch alle Bedürfnisse des Landes zu befriedigen. Was er ersparte, gehörte ihm, langte es nicht, mußte er aus seiner Tasche zuschießen, was allerdings wohl kaum je vorgekommen sein wird. Ihn besteuern, hätte daher geheißen: ihn veranlassen, etwas aus der linken Hosentasche zu nehmen und in die rechte zu tun. Jetzt ist das anders. Der Fürst erhält seine Privilegien, wie jeder Beamte sein Gehalt, es wird von ihm nicht mehr verlangt, persönliche Opfer für das Land zu bringen. Da wäre es doch nur vernünftig, wenn das überlebte und sinnlos gewordene Prinzip der Steuerfreiheit fiel. Und gerade in unserer Zeit, wo von sozialdemokratischer Seite das Märchen von der Bevorzugung der oberen Klassen so eifrig verbreitet wird und so viel Glauben findet, sollten die Fürsten um der Stellung zu ihrem Volke willen sich überlegen, ob sie nicht freiwillig auf ihre Ausnahmestellung verzichten. Was sie an Geld einbüßen, würden sie an Einfluß und Wohl gewinnen. Zum allermindesten aber sollten sie die Einnahmen aus ihrem Privatvermögen versteuern. Eine Aufhebung ihres Privilegs erübrigte um so unbedeutlicher, als durch das Gesetz vom 21. Juni 1891 schon die Häupter und Mitglieder der Familien vormals unmittelbarer Reichstände — allerdings gegen Entschädigung — zur Steuer herangezogen worden sind. Wie wir hören, wird die fortschrittliche Volkspartei die bei Beratung des Wehrgesetzes sich bietende Gelegenheit benutzen, um einen dahin zielenden Antrag einzubringen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hat sich am Donnerstag in seiner Wehrzeit von den beschäftigten Quertreibern der Konservativen nicht beeinflussen lassen, sondern die für den Schmittler reifen Mandate des Antisemiten Vietmeyer und des konservativen Herrn von

Krößner für ungültig erklärt. In beiden Fällen lag nach rechtlichen Gesichtspunkten die Situation sehr klar. Im Fall Vietmeyer mußte, entgegen dem Kommissionsbeschluss, der nur auf Bewässerung gerichtet hatte, die Ungültigkeitserklärung erfolgen, weil einige Antisemiten die Mittelung des Wahlkommissars, daß der fortschrittliche Redakteur Aufstegler mit seinem antijewischen Gegenkandidaten in der Stichwahl stehe, bei ihrer Bestätigung willfährig in die Bezeichnung „Aufstegler Berlin“ abgedruckt und dadurch Verwirrung in die Wählerstimmen gebracht hatten. Zweifelsvoll kämpften antijewische, konservative und Zentrumsgenossen in trauem Verein für die Rettung des angegriffenen Mandats; aber die gesunde Logik, die namentlich vom Abg. Dr. Reumann-Osser vertreten wurde, trug den Sieg davon, da schließlich auch die Nationalliberalen in ihrer ganz übermäßigsten Mehrheit für die Ungültigkeit stimmten und diese daher, wenn auch nur mit der knappen Mehrheit der Stimmen, ausgesprochen werden konnte. Bei der Wahl des Herrn v. Krößner konnte sich auch das Zentrum zu einem erheblichen Teil nicht der Empfehlung entziehen, daß die Unterschriften der Amtsvorsteher, Bürgermeister und Ortsvorsteher unter dem konservativen Wahlauftrag nach alter Praxis als Wahlbeeinflussung zu gelten habe. So wurde Herrn v. Krößner Mandat mit großer Mehrheit erteilt.

In beiden Wahlkreisen, die nunmehr erledigt sind, wird es sehr schwierig bei der Entscheidung des Wahlausganges sein. In Salzweil Gardelegen dürfte der deutsche Bauernbund wiederum versuchen, das Mandat an sich zu reißen. Im Fürstentum Waldeck hatten die Antisemiten 1911 4403, die Fortschrittler 3687, die Nationalliberalen 2037 und die Sozialdemokraten 1600 Stimmen. Bei der Stichwahl war Vietmeyer mit 6192 gegen 6039 fortschrittliche Stimmen als gewählt proklamiert worden. Der Kreis, den bekanntlich früher der Abg. Dr. Pottsoff vertreten hatte, kann von der Fortschrittspartei zurückgeworfen werden, wenn auch natürlich die Antisemiten alle ihre Agitationskräfte aufwenden dürften, um sich ihren mäßig erworbenen Besitz zu erhalten.

Die Heeres- und Dedungsborlagen.

Die Konservativen wollen Ruhe in der Behandlung der Dedungsfrage. Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt nämlich am Schluß eines Artikels über die erste Lesung der Dedungsborlage: „Das nächste Wort bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten wird in der Budgetkommission zu werden sein. Weder wird diese kaum noch vor Pfingsten an die Beratung der Dedungsborlage herangetragen können. Es wird also eine Pause von über vier Wochen eintreten, und es besteht die Gefahr, daß der Kampf um die Wehrsteuerfrage in der Öffentlichkeit inzwischen mit neuer Heftigkeit entbrennt, zumal da in dieser Zeit die Landtagswahlen in Preußen fällt. Das könnte leicht dahin führen, daß die Parteien, auf deren Verweigerung der Dedungsborlage es bei der Lösung der Frage ankommt, sich von neuem gegeneinander stellen. Wir würden es deshalb für dringend erwünscht halten, wenn in der jetzt eintretenden Pause die Erörterung der politischen Streitfragen, die mit der Wehrsteuer verknüpft sind, nach Möglichkeit eingeleitet würde, und sind unendlich gern dazu bereit. Der Zweck darüber sind genug gemacht. Dagegen, daß man sich in der Öffentlichkeit bemüht, die technischen Einzelfragen der verschiedenen Steuerprojekte zu klären, haben wir natürlich nichts einzuwenden.“

Das ist sehr gnädig von der „Konservativen Korrespondenz“. Im übrigen werden alle unabhängigen Blätter, die dem Befehl der konservativen Parteileitung nicht unterliegen, das Dekret zurückweisen: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, nur weil die Kreise der Konservativen bei der Landtagswahl getört werden könnten.

Konservative Ruhe. Die „Kreuzzeitung“ hält ihren Angriff gegen den Senatspräsidenten des Oberverwaltungsgerichts Oberverwaltungsrat Dr. Carius aufrecht, der es gewagt hat, die Bestimmung der Wehrbeitragsborlage entschieden zu bekämpfen, daß als Wertländlicher Grundstücke nicht der Gemeinwert, sondern der 25fache Reinertrag zu gelten habe. In ihrer Mittwochabendnummer wiederholt die „Kreuzzeitung“ ihre Angriffe, indem sie fragt: „Ist es verwunderlich, daß Kandidate zu einem Richter, der von solchen Auffassungen so durchdrungen ist, daß er sie öffentlich mit seinem vollen Namen vertritt,“

Schreiten bei Wehrzeit von den, in der letzten Nummer dieses Blattes als ein armer Teufel von der Landstraße Wenn wir also den Befähigungsnachweis, aber auch den Verwendungsnachweis, der in Österreich zu lächerlichen Grenzstreitigkeiten geführt hat, ablehnen, so